



Arbeitskreis  
Religionsfreiheit – Menschenrechte –  
Verfolgte Christen  
Deutsche Evangelische Allianz



# AKREF-Nachrichten vom 13.12.2024 bis 20.12.2024

Arbeitskreis für Religionsfreiheit - Menschenrechte - verfolgte Christen  
der Evangelischen Allianz in Deutschland

Paul Murdoch ( [redaktion@akref.de](mailto:redaktion@akref.de) )

## Inhaltsverzeichnis

Bangladesch: Christliche Familie durch Angriff zerrissen	3
Bangladesch: Hort der Hoffnung	4
Deutschland: Bau der Drei-Religionen-Kita vor dem Aus	5
Deutschland: Erschlagener Philippos T.-Prozessbeginn in Bielefeld	6
Deutschland: Evangelische Freikirche eröffnet Frauenhaus	7
Deutschland: Katholische Kirche ruft zur Solidarität mit Christen auf	8
Deutschland: „Antikolonialistischer Weihnachtsmarkt“- Strafanzeige der Landeskirche	9
Estland: Notwendige christliche Radioarbeit	10
Ghana: Drei indische Kapuziner angegriffen	11
Haiti: Skrupellose Banden	12
Indien: Pastor angeklagt, Menschen durch Gebet bekehrt zu haben	13
Indien: Rajasthan wird der 12. indische Bundesstaat mit Anti-Konversionsgesetz	14
Indonesien/Papua: Bischof von Jayapura fordert Rückkehr von Vertriebenen	15
Israel: Kirchen in Jerusalem wollen Frieden in Gaza	16
Jemen: Hunger und Christenverfolgung	17
Kirgistan: Repressives neues Religionsgesetz in erster Lesung gebilligt	18
Kongo: Friedensgipfel in Luanda abgesagt	20
Mosambik: Opposition setzt Protestkundgebungen aus	21
Schweiz: Kerzen und Gebete für Glaubensverfolgte	22
Südkorea: Menschen feiern Votum des Parlaments	23
Syrien: Influencer warnt vor islamistischer Religionsdiktatur	24
Syrien: Zwischen Angst und vorsichtigem Optimismus	25
Syrien: „Wir sind keine Gäste in diesem Land“	26
Ukraine: Bericht über IST- Zustand	27
USA: Schießerei an christlicher Privatschule	28

# Bangladesch: Christliche Familie durch Angriff zerrissen

## Vom Kampf, an Jesus festzuhalten

(Open Doors, Kelkheim) – Dass Silpi\* und ihr Mann Tanvir\* Jesus nachfolgen, hielten sie jahrelang vor ihrem Umfeld geheim. Gleichzeitig schafften sie es immer wieder, Menschen für Jesus zu gewinnen und in ihre Gemeinde einzuladen. Doch als sich eines Tages über 30 Christen in ihrem Haus versammelten, kam ihr Geheimnis ans Licht und entfesselte einen Sturm der Verfolgung, der besonders Silpi traf.

### Ein ehemaliger Muslim und eine ehemalige Hindu

Tanvir wuchs wie die meisten Bangladescher als Muslim auf; Silpi stammt hingegen aus einer Hindu-Familie. Beide fanden zum Glauben an Jesus und waren zusammen mit ihren beiden Kindern aktive Mitglieder ihrer Gemeinde. Ihnen war klar, dass eine Entdeckung ihres neuen Glaubens schlimme Konsequenzen haben konnte. Tanvir verdiente seinen Lebensunterhalt in verschiedenen Städten, wo er sich als Tagelöhner auf Baustellen anbot.

Im September kamen 32 Personen für einen Gottesdienst zu Silpi nach Hause. Tanvir war zu dem Zeitpunkt schon seit ein paar Monaten auf einer Baustelle im Südosten von Bangladesch beschäftigt. Gegen Ende des Treffens tauchte plötzlich eine Gruppe aufgebrachter Muslime auf. Silpi berichtet: „Sie kamen einfach herein und fingen an, alles zu zerstören.“ Während einige das Haus verwüsteten, griffen andere Silpi an und begannen sie zu schlagen. Einige der Christen versuchten vergeblich, sie zu schützen. Die meisten ergriffen die Flucht vor den wütenden Angreifern. Nach langem Ringen gelang es Silpi, den Tätern zu entkommen. Sie floh mit nichts als den Kleidern auf dem Leib und musste ihr Haus und ihre beiden Kinder zurücklassen.

### „Das ist das, was den Christen hier blüht“

Am selben Abend erhielt Tanvir einen Anruf von einem der Dorfbewohner: „Bist du ein Christ oder nicht?“ Aus Angst vor den Konsequenzen für sich und seine Familie log er und sagte: „Nein. Ich bin kein Christ.“ – „Dann komm zurück und beweis es. Du solltest auch nach eurem Haus sehen.“ Dann schilderte der Anrufer die Verwüstung und den Angriff auf Silpi, verbunden mit der Drohung: „Das ist das, was den Christen hier blüht.“

Unterdessen hatte Silpi erschöpft und voller Schmerzen bei Verwandten Zuflucht gefunden. Gleichzeitig beschäftigte sie die Angst um ihre Kinder. Aber auch die Verwandten hatten Angst und sagten zu ihr: „Sie werden auch hierherkommen. Sie werden dich finden, und wenn du hierbleibst, wird auch unser Haus zerstört.“ Silpi hatte keine andere Wahl als zu gehen – ohne eine neue Bleibe und ohne zu wissen, wo ihre Kinder waren.

### Abgetaucht

Unsere lokalen Partner konnten Silpi zunächst mit einigen Hilfsgütern unterstützen, doch dann brach der Kontakt ab: „Wir haben mehrmals versucht sie zu erreichen, aber ohne Erfolg. Vielleicht ist sie an einen anderen Ort gezogen. Wir sind bereit zu helfen, wenn wir sie finden, aber im Moment können wir nichts tun.“

Der Vorfall zeigt, welchem Druck besonders christliche Konvertiten ausgesetzt sind – und unterstreicht, wie sehr auch unsere Partner auf Gottes Hilfe angewiesen sind. Bis es ihnen gelingt, den Kontakt zu Silpi und ihren Kindern wiederherzustellen, können sie leider keine direkte Hilfe leisten. Umso wichtiger ist ihnen, die ganze Familie weiterhin im Gebet zu unterstützen.

\*Name geändert

Quelle: Open Doors Deutschland

[https://www.opendoors.de/nachrichten/aktuelle-meldungen/bangladesch-christliche-familie-durch-angriff-zerrissen?pk\\_campaign=GM&pk\\_kwd=20241218](https://www.opendoors.de/nachrichten/aktuelle-meldungen/bangladesch-christliche-familie-durch-angriff-zerrissen?pk_campaign=GM&pk_kwd=20241218)

# Bangladesch: Hort der Hoffnung

(AVC) 65 Schülerinnen und Schüler vom Vorschulalter bis zur 5. Klasse besuchen die Hope of Children School in Dhaka, der Hauptstadt von Bangladesch. Fünf von ihnen sind Christen, fünf sind Hindus und der Rest Muslime. Die Schule führt keine Oberstufe, weil sie ansonsten ab der 6. Klasse den obligatorischen, benoteten Islam-Unterricht durchführen müsste. Denn dies ist eine christliche Schule und alle Eltern und Kinder wissen das. Jeden Morgen beten die Lehrerinnen und Lehrer mit den Kindern und singen christliche Lieder. Über Gott und Jesus wird offen gesprochen. Im Schulfach »Good manner and right conduct« (Gutes Benehmen und anständiges Verhalten) werden christliche Werte vermittelt. Am Samstag wird Sonntagsschule angeboten – und 40 muslimische Mädchen und Jungen besuchen diese.

Die Familien der Kinder sind arm. Viele haben kein Geld, um ihren Kindern eine Schuluniform zu kaufen. Diese kommen dann in normalen Kleidern zur Schule, was kein Problem ist. Der Platz in den Schulräumlichkeiten ist knapp, der Unterricht findet in zwei Schichten statt.

Schulbücher gibt's gratis von der Regierung, und damit endet schon die Unterstützung der öffentlichen Hand. Die Eltern entrichten eine geringe Schulgebühr für ihre Kinder. Kostenlos soll der Unterricht nicht angeboten werden, denn was gratis ist, hat in Bangladesch auch keinen Wert.

Doch diese Einkünfte können die Kosten des Schulbetriebs nicht decken.

## **Wir beten**

... für die Schülerinnen und Schüler, dass sie Jesus kennenlernen,  
... um Weisheit für die Lehrkräfte,  
... um eine gute Wirkung der Schule für die ganze Gegend.

# Deutschland: Bau der Drei-Religionen-Kita vor dem Aus

## Berlin: Kurz vor Baubeginn streicht die Senatsverwaltung zugesagte Fördermittel

Berlin (IDEA) – Der Bau des Drei-Religionen-Kita-Hauses in Berlin steht vor dem Aus. Grund ist die komplette Streichung der zugesagten Investitionsmittel durch die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie aufgrund von Einsparvorgaben. Diese Entscheidung gab Bildungssenatorin Katharina Günther-Wünsch (CDU) im Bildungsausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses bekannt. Insgesamt geht es um eine Fördersumme von rund sieben Millionen, sagte die Pressesprecherin des Kita-Projekts, Anna Poeschel, der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA.

## Schon lange in Planung

„Wir sind erschüttert über diese Nachricht und hätten damit nicht gerechnet. Unser Projekt ist durch diese Entscheidung in seiner Existenz bedroht. Aber wir wollen kämpfen für unsere Idee, die wir über zehn Jahre für den Zusammenhalt der Religionen und Kulturen in unserer Stadt Berlin entwickelt haben“, so die Vorständin des Evangelischen Kirchenkreisverbandes für Kindertageseinrichtungen Berlin Mitte-Nord, Kathrin Janert. Gemeinsam mit Rabbinerin Gesa Ederberg, Supertintendentin Silke Radosh-Hinder und Iman Andrea Reimann entwickelte sie bereits 2014 die Idee zu diesem Projekt. Noch in diesem Winter sollte mit dem Bau der Kita begonnen werden.

## Bereits über eine Million Euro investiert

Der Evangelische Kirchenkreis Stadtmitte hat bereits über eine Million Euro in das Projekt investiert, so Poeschel. Nur mit einem anderen Förderer, der nun die sieben Millionen Euro übernimmt, sei eine Fertigstellung der Kita möglich: „Alleine aus Eigenmitteln ist das Projekt nicht umsetzbar.“ Die Drei-Religionen-Kita ist ein bundesweit einmaliges Konzept. Sie soll eine jüdische, eine christliche und eine muslimische Kita sowie ein Begegnungszentrum unter einem Dach vereinen. So können Kinder in ihren „eigenen Traditionen stark gemacht und zugleich für ein Aufeinanderzugehen in einer vielfältigen Gesellschaft befähigt“ werden, heißt es in der Beschreibung. Das Projekt ist bereits mehrfach ausgezeichnet: Im Jahr 2022 erhielt es den Sonderpreis des Wettbewerbs #Respektgewinnt und im Jahr 2024 den Förderpreis der Deutschen Nationalstiftung. Träger der Drei-Religionen-Kita sind der Verein „Masorti – Verein zur Förderung der jüdischen Bildung und des jüdischen Lebens e.V.“, der Evangelische Kirchenkreisverband für Kindertageseinrichtungen Berlin Mitte-Nord und das Deutsche Muslimische Zentrum Berlin.

# Deutschland: Erschlagener Philippos T.- Prozessbeginn in Bielefeld

**Ein 18-jähriger Syrer und zwei 19-jährige Deutsche stehen vor Gericht**

Bielefeld (IDEA) – Vor dem Landgericht Bielefeld hat der Prozess gegen drei mutmaßliche Täter im Fall des erschlagenen Philippos T. begonnen. Der 20-Jährige hatte am 23. Juni im Kurpark in Bad Oeynhausen (Kreis Minden-Lübbecke) bei einer Attacke aus einer Gruppe von jungen Männern schwere Kopfverletzungen erlitten, an denen er am 25. Juni [starb](#). Zum Prozessbeginn wurde die Anklage verlesen. Als mutmaßlicher Haupttäter ist ein 18-jähriger Syrer angeklagt, dem die Staatsanwaltschaft Totschlag vorwirft. Zwei 19-jährige Deutsche werden der gefährlichen Körperverletzung beschuldigt.

## **Gezielte Tritte gegen den Kopf**

Nach den Feststellungen der Staatsanwaltschaft hatte Philippos T. mit zwei Begleitern nach einer Abiturfeier auf einer Bank im Kurpark gesessen. Der Hauptverdächtige, der mit einer sechsköpfigen Gruppe vorbeigekommen sei, habe sie grundlos verbal angegangen. Philippos und seine Begleiter hätten erfolglos versucht, ihn friedlich zum Weitergehen zu bewegen. Schließlich seien sie aufgestanden, woraufhin der Syrer sie unvermittelt mit der Faust ins Gesicht geschlagen habe. Als Philippos sich weiteren Schlägen entziehen und rückwärtsgehend entfernen wollte, habe der Angreifer ihn mit einem Tritt gegen die Beine zu Fall gebracht. Danach habe er mehrfach gezielt gegen den Kopf des 20-Jährigen getreten, auch als dieser schon bewusstlos war. Spätestens zu diesem Zeitpunkt habe er den Tod des Opfers zumindest billigend in Kauf genommen, so die Staatsanwaltschaft. Die beiden Nebenangeklagten hätten währenddessen zu zweit einen Begleiter von Philippos zusammengeschlagen.

## **Familie gehört zur griechisch-orthodoxen Gemeinde**

Laut einem Bericht des Westdeutschen Rundfunks kam der Hauptangeklagte 2016 im Rahmen eines Kindesnachzugs nach Deutschland und beging seitdem mehrere Straftaten, unter anderem Raub, Diebstähle und Drogendelikte. Wenn er wegen seines Alters nach Jugendstrafrecht verurteilt wird, drohen ihm bis zu zehn Jahre Gefängnis. Das Gericht hat 19 Verhandlungstage angesetzt. Philippos T. gehörte mit seiner Familie zur griechisch-orthodoxen Gemeinde in Minden. Am Tag der Tat hatte er eine auffällige Kette mit einem großen Kreuz getragen.

# Deutschland: Evangelische Freikirche eröffnet Frauenhaus

## Köln: Die Einrichtung bietet Schutz für Opfer von häuslicher Gewalt

Köln (IDEA) – Die Evangelische Freikirche Köln-Ostheim hat ein Schutzhaus für Frauen eröffnet, die von häuslicher Gewalt betroffen sind. Das teilte die Öffentlichkeitsmitarbeiterin Jennifer Redinger (Köln) der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA mit. „Häusliche Gewalt findet auch unter Christen statt. Das ist traurig. Wir dürfen nicht wegschauen“, sagte sie. Das Schutzhaus mit dem Namen „El Roi“ (Deutsch: „Gott, der mich sieht“) verfügt über sechs Schlafzimmer.

## Frauen berichteten in der Seelsorge von Gewalterfahrungen

Zum Hintergrund: Mehrere Frauen hatten in der Seelsorge der Evangelischen Freikirche Köln-Ostheim erzählt, dass sie durch ihre Ehemänner Gewalt erlebten. Ferner äußerten zwei Frauen unabhängig voneinander die Vision, ein Projekt für Betroffene von häuslicher Gewalt gründen zu wollen. Diese Visionen wurden in der Ältestenschaft geprüft. In dieser Zeit besuchte ein Polizist einen Gottesdienst der Evangelischen Freikirche Köln-Ostheim. In einem Gespräch mit einem der Pastoren erzählte er, dass er unter anderem im Bereich Partnerschaftsgewalt tätig sei. Er sagte, dass das Hilfsangebot für Frauen viel zu gering sei. Die Pastoren der Freikirche entschieden, mit Hilfe von Mitgliedern der Gemeinde ein Schutzhaus zu gründen.

## Opfer sollen Heilung durch Gott erfahren

Mittlerweile habe sich ein Kernteam von 14 Ehrenamtlichen und einer Teilzeitkraft formiert, sagte Redinger. Zielgruppe sind Frauen aller Religionen und Hintergründe. Redinger: „Wir haben aber ein besonderes Anliegen für christliche Frauen, weil wir in den Gemeinden eine große Not sehen.“ Das Angebot richte sich an Betroffene von psychischer, physischer, emotionaler oder ökonomischer Gewalt. Die Frauen erhalten Hilfe durch Seelsorge, Beratung und Begleitung zu Behörden oder Ärzten. „Dass die Frauen Heilung durch Gott erfahren, ist uns ein großes Anliegen“, sagte Redinger. Die Arbeit ist spendenfinanziert. Über eine 24-Stunden-Notrufnummer können sich Betroffene melden: 0221 985109081. Auch über die E-Mail-Adresse [hauselroi@freikirche.koeln](mailto:hauselroi@freikirche.koeln) sind die Mitarbeiter von El Roi zu erreichen. Ferner werden weitere Ehrenamtliche für diese Arbeit gesucht.

# Deutschland: Katholische Kirche ruft zur Solidarität mit Christen auf

Katholischer Gebetstag für bedrängte Christen am 26. Dezember

Bonn (IDEA) – Die (katholische) Deutsche Bischofskonferenz ruft dazu auf, am 26. Dezember für verfolgte und bedrängte Christen zu beten. Der zweite Weihnachtstag ist traditionell dem ersten Märtyrer der Christenheit, Stephanus, gewidmet ist. Der Vorsitzende der Kommission Weltkirche, Bischof Bertram Meier (Augsburg), betonte, der „[Gebetstag für verfolgte und bedrängte Christen](#)“ bringe auch das Bekenntnis der Kirche zur Religionsfreiheit aller Menschen zum Ausdruck. In diesem Jahr liegt der Fokus besonders auf den Christen in [Zentralasien](#). Der Gebetstag ist Teil der 2003 ins Leben gerufenen Initiative „Solidarität mit verfolgten und bedrängten Christen in unserer Zeit“. Sie macht mit Aktionen wie Solidaritätsreisen, Gesprächen mit politischen Verantwortungsträgern und Besuchen von Bischöfen aus bedrängten Ortskirchen auf die weltweite Diskriminierung von Christen aufmerksam.



# Deutschland: „Antikolonialistischer Weihnachtsmarkt“ - Strafanzeige der Landeskirche

**EKHN: Bilder von der Veranstaltung sind „zutiefst verstörend“**

Darmstadt (IDEA) – Die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau (EKHN) hat wegen des „Antikolonialistischen Friedensweihnachtsmarkts“ der evangelischen Michaelsgemeinde in Darmstadt Strafanzeige gestellt. Das teilte die Landeskirche auf ihrer Internetseite mit. Hintergrund sind [Vorwürfe](#) des Journalisten Tobias Huch. Er hatte auf der Internetplattform „X“ (vormals „Twitter“) geschrieben, bei der Veranstaltung sei antisemitische Propaganda verbreitet worden. Dazu [veröffentlichte](#) er Fotos, auf denen u.a. Schriften mit der Parole „From the river to the sea, palestine will be free“ (Vom Fluss bis zum Meer, wird Palästina frei sein) zu sehen sind. Der Slogan wird vom Bundesinnenministerium als Kennzeichen der palästinensischen Terrorgruppe Hamas eingestuft.

**Kirchenvorstand zur Distanzierung aufgerufen**

Die EKHN erklärte, die Bilder und Berichte über den Weihnachtsmarkt seien „zutiefst verstörend“. Antisemitismus dürfe in der Kirche keinen Platz haben. „Eine pauschal israelfeindliche und delegitimierende Wortwahl und der Verkauf von Gegenständen mit Symbolen, die in Verbindung mit der Terrororganisation Hamas und dem Anzweifeln des Existenzrechts Israels stehen, sind für uns inakzeptabel.“ Die Landeskirche habe den Kirchenvorstand aufgefordert, sich von der Veranstaltung zu distanzieren. Daraufhin habe der Gemeindepfarrer gegenüber der Kirchenverwaltung erklärt, dass sich die Michaelsgemeinde von jeglicher Form der Menschenverachtung distanzieren, darunter verstehe er selbstverständlich auch Rassismus und Antisemitismus. Die Landeskirche behalte sich weitere rechtliche Schritte gegen die Gemeinde vor.

**Kritik von Jüdischer Gemeinde und Oberbürgermeister**

Auch die Jüdische Gemeinde Darmstadt teilte auf ihrer Internetseite mit, sie habe Strafanzeige gegen die Michaelsgemeinde erstattet. Bei dem „Antikolonialistischen Friedensweihnachtsmarkt“ seien „sämtliche Register gezogen worden, um Israel zu dämonisieren und zu delegitimieren“, erklärte ihr Vorsitzender Daniel Neumann. Der Darmstädter Oberbürgermeister Hanno Benz (SPD) kritisierte die Kirchengemeinde in einer Pressemitteilung. „Die Unterstützung solcher Veranstaltungen und Haltungen widerspricht den Werten der Nächstenliebe, des Respekts und der Toleranz, die doch im Christentum verankert sind. Eine solche Veranstaltung unter dem Dach einer evangelischen Gemeinschaft durchzuführen, ist deshalb unerträglich“, so der Politiker.

# Estland: Notwendige christliche Radioarbeit

(Licht im Osten/Alexej M./Narva) schreibt uns: „Jeden Tag beginnen wir im Radio-Studio mit Gebet ... Ganz oben auf unserer Gebetsliste steht die Bitte, dass die Sendungen weitergehen und das Evangelium immer mehr Menschen erreicht. Es ist ein Wunder Gottes: Wie oft hat Gott das Unmögliche für uns getan, sowohl finanziell als auch physisch ... Wir bemühen uns, die bestmöglichen Inhalte zu produzieren, denn die heutige Generation wird immer anspruchsvoller. Wir senden weiterhin in drei Richtungen: über UKW in Estland, über MW in Russland, der Ukraine und Weißrussland sowie über das Internet.“ Bitte beten Sie dafür, dass

- > die Radioarbeit auch weiterhin finanziert werden kann.
- > sich immer wieder von Gott berufene und begabte Moderatoren finden.
- > viele Hörer in den o.g. Ländern durch die Radiosendungen mit dem lebendigen Gott bekannt gemacht, bzw. im Glauben gestärkt werden.

# Ghana: Drei indische Kapuziner angegriffen

Accra (Fides) - Drei indischen Franziskaner-Kapuziner wurden an einer Tankstelle in Nkwanta in der östlichen Region Volta in Ghana brutal von einer aufgebrachten Menge zusammengeschlagen.

Bei den drei Ordensleuten handelt es sich um Pater Robinson Melkis, Pater Frank Henry Jacob und Pater Martin George, die in Kpassa im Bezirk Nkwanta-Nord in der Region Oti leben und arbeiten und seit 2005 in Ghana als Missionare tätig sind.

Der Vorfall ereignete sich am 11. Dezember, als die Ordensleute von der Gemeinde Nkwanta-Süd ein Planierdrape mieteten, um ein Grundstück zu bearbeiten, auf dem sie ein Bildungshaus für Seminaristen in Chaiso in der Gemeinde Nkwanta-Süd, bauen wollten.

Nachdem die drei Kapuzinerpatres die vereinbarte Miete für das Fahrzeug bezahlt hatten, wurden sie von zwei Gemeindemitarbeitern begleitet, um es nach Chaiso zu bringen.

Als sie an einer Tankstelle den Tank der Planierdrape auffüllen wollten, wurden sie von einer aufgebrachten Menschenmenge angegriffen, die sie beschuldigte, die Planierdrape stehlen zu wollen.

Die Ordensleute und die beiden Gemeindemitarbeiter wurden 30 Minuten lang brutal verprügelt, bis sie von Beamten der ghanaischen Einwanderungsbehörde gerettet werden konnten. Die Menge meldete der Polizei, dass die Ordensleute einen Diebstahl begehen würden. Die Polizisten nahmen die drei Ordensleute zunächst in Gewahrsam. Dank des Eingreifens des Generalvikars der Diözese Jasikan wurden sie jedoch später wieder freigelassen und ins Krankenhaus gebracht, wo sie die notwendige Behandlung erhielten. Am schlimmsten traf es Pater Frank Henry Jacob, der das Gehör auf einem Ohr verlor.

Der ghanaische Polizeichef hat sich unterdessen mit Bischof Matthew Kwasi Gyamfi, dem Bischof von Sunyani und Vorsitzenden der ghanaischen Bischofskonferenz, in Verbindung gesetzt und ihm versichert, dass der Vorfall lückenlos aufgeklärt wird und die für den Angriff Verantwortlichen vor Gericht gestellt werden.

(L.M.) (Fides 14/12/2024)

# Haiti: Skrupellose Banden

## Geschlechterspezifische Gewalt nimmt zu

Port-au-Prince (Fides) - Die derzeitige sicherheitspolitische Krise des Landes führt zu einem dramatischen Anstieg der Gewalt gegen Frauen auf der Karibikinsel.

Einem aktuellen Bericht der Vereinten Nationen zufolge berichten mehrere lokale Quellen in verschiedenen Teilen der Hauptstadt Port-au-Prince von einem besorgniserregenden Anstieg der Fälle von Vergewaltigung und geschlechtsspezifischer Gewalt, die von skrupellosen Banden routinemäßig verübt werden, um die Opfer zu foltern und zu kontrollieren.

In den Monaten April bis Juni dieses Jahres wurden in den von Banden kontrollierten Vierteln und insbesondere in den Lagern für Binnenvertriebene durchschnittlich 40 Vergewaltigungsopfer pro Tag gemeldet. Viele Fälle werden nicht gemeldet.

Derzeit gibt es in Haiti mehr als 700.000 Binnenvertriebene, die Hälfte davon Kinder, und 25 % von ihnen leben in behelfsmäßigen Unterkünften in Port-au-Prince. Dabei handelt es sich häufig um überfüllte Schulen, Kirchen oder Regierungsgebäude, in denen es kaum oder gar keinen Zugang zur Grundversorgung, zu Nahrungsmitteln oder zur medizinischen Versorgung gibt. Die Unterkünfte befinden sich zudem häufig in von Banden kontrollierten Gebieten, was den Zugang zu Hilfe besonders erschwert.

Haitianische Menschenrechtsorganisationen schlagen immer wieder Alarm wegen der Gewalt gegen Frauen und Mädchen in einem Land, das ihre Rechte, Bedürfnisse und Möglichkeiten meist ignoriert. Diese Gewalt ist in den Unterkünften für Binnenvertriebene eklatant. Einem UN-Bericht vom Juli 2024 zufolge sind Frauen und Mädchen in den Lagern besonders gefährdet, und Vergewaltigungen werden „in den meisten Lagern als gezielte Taktik eingesetzt, um ihren Zugang zu humanitärer Hilfe zu kontrollieren“.

Etwa 90 Prozent der in den Unterkünften lebenden Frauen haben keine Einkommensquelle, und viele werden zur Prostitution gezwungen, um Nahrung, Wasser, einen Schlafplatz oder einfach nur Zugang zu einer Toilette zu bekommen. (AP) (Fides 19/12/2024)

# Indien: Pastor angeklagt, Menschen durch Gebet bekehrt zu haben

International Christian Concern - Ein Baptistenpastor, der auch als Lehrer arbeitet, wurde letzte Woche im nordöstlichen Bundesstaat Assam verhaftet, nachdem sich Dorfbewohner beschwert hatten, dass er versuche, Menschen durch Gebete zu bekehren.

Der Versuch, Menschen zu heilen, indem man für sie betet, ist nach dem im Februar erlassenen Assam Healing (Prevention of Evil) Practices Act illegal.

Dieses Gesetz will angeblich wissenschaftlich fundiertes Wissen und eine sichere Umgebung zum Schutz der menschlichen Gesundheit schaffen. Es zielt auch darauf ab, „böse“ und „finstere Praktiken“ zu beenden, die nach Ansicht des Gesetzgebers von Unwissenheit und der schlechten Gesundheit der Menschen profitieren. Das Gesetz kriminalisiert Praktiken, die auf „magische Heilung“ (Gebete) zurückgreifen, und sieht bei Verstößen eine dreijährige Gefängnisstrafe und eine Geldstrafe vor.

Christliche Führer glauben, dass die Gesetzgebung letztlich ein Versuch ist, die Verbreitung des Christentums in Assam einzuschränken und zu unterbinden.

Der Pastor Pranjal Bhuyan aus dem Dorf Padmapur, das zur Baptisten-Diözese im Distrikt Golaghat in Assam gehört, hat nun die zweifelhafte Ehre, der erste zu sein, der nach diesem Gesetz verhaftet wurde.

Vor einigen Monaten waren die Anwohner besorgt darüber, dass Pastor Bhuyan den Kindern während der Sitzungen die Bibel predigte, und hinderten ihre Kinder daran, zu seinem Haus zu gehen, um dort zu lernen.

Die Eltern erstatteten Anzeige bei der Dorfpolizei, und Pastor Bhuyan wurde nach dem Assam Healing (Prevention of Evil) Practices Act festgenommen.

Nach Abschnitt 6(a) des Heilungsgesetzes kann jede Person, die gegen die Bestimmungen des Gesetzes oder seiner Vorschriften verstößt, bei einer Verurteilung mit einer Freiheitsstrafe von bis zu einem Jahr beim ersten Verstoß, die auf drei Jahre ausgedehnt werden kann, oder mit einer Geldstrafe von 50.000 Rupien (etwa 600 US-Dollar) oder beidem bestraft werden.

Der Leiter des Christlichen Forums von Assam (ACF) und der Erzbischof von Assam haben die „unrechtmäßige Verhaftung“ scharf verurteilt. Sie haben unmissverständlich erklärt, dass das Gesetz der Polizei die weitreichende Befugnis einräumt, jeden ohne ein ordnungsgemäßes Verfahren festzunehmen und zu inhaftieren, wodurch die Rechte der Bürger beeinträchtigt werden, selbst wenn sie zum Gebet in das Haus ihres Verwandten gehen.

Quelle: International Christian Concern; [www.persecution.org](http://www.persecution.org)

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

# Indien: Rajasthan wird der 12. indische Bundesstaat mit Anti-Konversionsgesetz

International Christian Concern - Der nordindische Bundesstaat Rajasthan hat letzte Woche ein Anti-Konversionsgesetz verabschiedet, das Menschen, die zu einer anderen Religion konvertieren wollen, dazu verpflichtet, die Behörden mindestens zwei Monate im Voraus zu informieren.

Nach dem Gesetz können die Opfer unrechtmäßiger Konversionen - also solcher, die auf irreführenden Informationen, Betrug, Gewalt oder unzulässiger Beeinflussung beruhen - mit bis zu 500.000 indischen Rupien (etwa 590 Dollar) entschädigt werden, während Straftäter mit Gefängnisstrafen von bis zu 10 Jahren rechnen müssen. Rajasthan wird der 12. indische Bundesstaat sein, der ein Anti-Konversionsgesetz hat.

Der Gesetzesentwurf, der als Rajasthan Verbot der unrechtmäßigen Bekehrung der Religion (Rajasthan Prohibition of Unlawful Conversion of Religion Bill 2024) bekannt ist, muss von der Legislative des Bundesstaates während der Wintersitzung des Parlaments verabschiedet werden, um in Kraft zu treten.

Der Bundesstaat Rajasthan wird von der hindunationalistischen Bharatiya Janata Party (BJP) regiert, die auch die Regierungspartei auf Bundesebene ist. Dies könnte die Verabschiedung des Anti-Konversionsgesetzes erleichtern und beschleunigen.

Die im Gesetzesentwurf vorgesehenen Straftatbestände werden als nicht anklagbar und erkennbar eingestuft, und der Gesetzesentwurf sieht je nach Art der Straftat unterschiedliche Strafen vor.

Der Gesetzesentwurf zielt darauf ab, besonders schutzbedürftige Gruppen zu schützen, und sieht strengere Strafen für die Konversion von Minderjährigen, Frauen und Personen aus bestimmten Kasten und Stämmen vor. Er sieht auch vor, dass jeder, der zu einer anderen Religion konvertieren möchte, dies mindestens 60 Tage im Voraus bei der Bezirksbehörde anmelden muss. Danach muss eine Frist von 30 Tagen für die Durchführung einer Konvertierungszeremonie eingehalten werden.

Nach der Konversion wiederum muss die betreffende Person den Gemeindevorsteher innerhalb von 60 Tagen durch eine eidesstattliche Erklärung informieren.

Diese drei Ebenen des Konversionsprozesses machen ihn sehr kompliziert und umstritten und könnten auch dem verfassungsmäßigen Recht des Landes auf Religionsfreiheit widersprechen.

In Artikel 25 (1) der indischen Verfassung heißt es: „Vorbehaltlich der öffentlichen Ordnung, Sittlichkeit und Gesundheit und der sonstigen Bestimmungen dieses Teils haben alle Menschen gleichermaßen Anspruch auf Gewissensfreiheit und das Recht, sich frei zur Religion zu bekennen, sie auszuüben und zu verbreiten.“

Das Anti-Konversionsgesetz von Rajasthan sieht eine Freiheitsstrafe von zwei bis zehn Jahren und eine Geldstrafe von 25.000 indischen Rupien (etwa 300 US-Dollar) für die Konversion von Minderjährigen, Frauen oder Menschen aus den gefährdeten Gemeinschaften der Unterschichten (Scheduled Castes (SC)) und der untersten Stämme (Scheduled Tribes (ST)) vor. Die Haftstrafe kann auf drei bis 10 Jahre und eine Geldstrafe von 50.000 indischen Rupien (ca. 590 \$) für groß angelegte Konversionen ausgedehnt werden.

Der Gesetzesentwurf sieht auch vor, dass jede Heirat, die unter Zwang oder durch Anreize zustande gekommen ist, für ungültig erklärt werden kann. Diese Klausel zielt insbesondere darauf ab, interreligiöse Eheschließungen, insbesondere zwischen Hindus und Muslimen, zu unterbinden. Neben Rajasthan gibt es in den folgenden Bundesstaaten derzeit Anti-Konversionsgesetze: Arunachal Pradesh, Chhattisgarh, Gujarat, Haryana, Himachal Pradesh, Jharkhand, Madhya Pradesh, Odisha, Uttarakhand und Uttar Pradesh.

Quelle: International Christian Concern; [www.persecution.org](http://www.persecution.org)

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

# Indonesien/Papua: Bischof von Jayapura fordert Rückkehr von Vertriebenen

## zu Weihnachten

Jayapura (Fides) - Im Hinblick auf das Weihnachtsfest am 25. Dezember fordert der Bischof von Jayapura, Yanuarius Teofilus Matopai You, die Beendigung der Maßnahmen, die im Bezirk Oksop die Vertriebenen von Papua daran hindern, nach Hause zurückzukehren, um Weihnachten zu feiern.

In der Region Oksop flohen nach Angaben lokaler Quellen am 30. November Hunderte von Menschen, als die Armee eine Sonderoperation gegen Mitglieder der Nationalen Befreiungsarmee West Papuas (TPN-PB) startete. Die Bewohner fanden Zuflucht im Gebiet von Pegunungan Bintang, ein Regierungsbezirk in der indonesischen Provinz Papua auf der Insel Neuguinea.

Nach zehn Tagen sagte der Polizeichef von Pegunungan Bintang, Anto Seven, dass sich die Lage in Oksop fast wieder normalisiert habe und die Flüchtlinge, die meisten von ihnen Christen, ohne Probleme nach Hause zurückkehren könnten. Bischof You teilte unterdessen mit, dass seine Diözese zusammen mit dem Sekretariat für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung der Franziskaner von Papua und der Abteilung für Recht und Menschenrechte der Evangelischen Kirche in Indonesien (GIDI) festgestellt hat, dass der Ausnahmezustand weiterhin besteht und „die Zahl der Flüchtlinge auf 401 Personen geschätzt wird. Unter ihnen befinden sich mehr als 30 Kinder im Alter von zwei Monaten bis 12 Jahren und 115 Frauen, darunter mehrere Schwangere und ältere Menschen“.

Der Bischof erklärte, „dass die Präsenz der Truppen die Vertriebenen daran hindert, in ihre Heimatstädte zurückzukehren“. Die seit Tagen andauernde Situation in Oksop „zeigt, dass es sich um eine humanitäre Notlage handelt“, die „die größte Aufmerksamkeit von allen erfordert“. Aus diesem Grund appelliert Bischof You auch an die Institutionen des Regierungsbezirks Pegunungan Bintang, „den Flüchtlingen Schutz und Hilfe zu gewähren“, während sie auf ihre Rückkehr warten.

(F.B.) (Fides 17/12/2024)

# Israel: Kirchen in Jerusalem wollen Frieden in Gaza

## Weihnachtsbotschaft

(Von Israelnetz/ 18. Dezember 2024) Die Kirchenoberhäupter in Jerusalem haben inmitten der Konflikte im Nahen Osten eine Weihnachtsbotschaft verkündet. Man danke Gott für die [Waffenruhe](#) zwischen zwei Kriegsparteien in der Region und rufe dazu auf, sie „auf den Gazastreifen und viele andere Orte auszudehnen“, heißt es in dem vom Ökumenischen Rat der Kirchen am Dienstag in Genf veröffentlichten Appell. Für die Familien der Gläubigen, die im Heiligen Land geblieben sind, sei es ein Privileg, weiterhin das „heilige Licht Christi dort zu bezeugen, wo er geboren wurde und diente“. Die Kirchen fordern die Freilassung aller Gefangenen.



# Jemen: Hunger und Christenverfolgung

Der Jemen, der an das Rote Meer grenzt, ist ein islamisches Land, das von einem Bürgerkrieg zwischen den vom Iran und den von Saudi-Arabien unterstützten Milizen zerrissen wird. Es ist eines der christenfeindlichsten Länder der Welt, in dem Konvertiten vom Islam gejagt und getötet werden können.

Die wenigen und isolierten Christen suchen nach Gelegenheiten, sich gelegentlich zu treffen, und hören sich heimlich die Zeugnisse der örtlichen Gläubigen im Radio an. Diese Gläubigen stammen hauptsächlich aus der Gruppe der Muhammasheen, der „Unberührbaren“ der jemenitischen Gesellschaft. Sie bitten besonders um Gebet für ihre Kinder, vor allem für die Jungen, die Gefahr laufen, entführt und zum Dienst als Soldaten gezwungen zu werden.

Etwa zwei Drittel aller Jemeniten leiden unter Nahrungsmittelknappheit und schwerer Unterernährung. Die Christen haben Anteil an diesem Leid, aber sie beten auch für die Zeit, in der in ihrem Land Frieden herrscht und die Menschen mehr über Jesus erfahren und ihn annehmen“.

Quelle: WORLDNEWS 312 / Bridgeway Publications /übersetzt und bearbeitet von AKREF

# Kirgistan: Repressives neues Religionsgesetz in erster Lesung gebilligt

AKREF-A/16.12.24 - Am 12. Dezember billigte das Parlament („Zhogorku Kenesh“, wörtlich „Oberster Rat“) in Bischkek zwei neue Gesetzesentwürfe in erster Lesung. Wenn diese Gesetzeskraft erlangen, bedeutet das eine weitere Einschränkung der Religions- bzw. Glaubensfreiheit. Der Entwurf zum Religionsgesetz verbietet weiterhin jede Ausübung der Religionsfreiheit ohne staatliche Registrierung und macht es für Gemeinschaften mit weniger als 500 erwachsenen Mitgliedern, die Staatsbürger Kirgistans sein müssen, unmöglich, legalen Status zu erlangen. Erstmals wird auch eine eigene Registrierung der Gottesdienststätten registrierter religiöser Organisationen gefordert. Das Teilen von Glaubensüberzeugungen in der Öffentlichkeit und von Tür zu Tür wird verboten. Im zweiten Gesetzesentwurf, der die Sanktionen für Verstöße regelt, ist ein starker Anstieg der Geldstrafen für Personen, die das Religionsgesetz verletzen, vorgesehen.

„Das ist ein sehr gefährliches Gesetz für uns“, erklärte ein Leiter einer Religionsgemeinschaft, der aus Furcht vor staatlichen Repressalien nicht namentlich genannt werden möchte, am 11. Dezember gegenüber Forum 18.

Während der Debatte am 12. Dezember waren muslimische und russisch-orthodoxe Leiter im Parlament anwesend. Ein Abgeordneter, Jalolidin Nurbayev sprach sich gegen das Verbot, den Glauben von Tür zu Tür zu verbreiten, aus. „Sie klopfen einfach an die Tür, laden in die Moschee ein und rufen zur zum Guten auf“, erklärte er. „Daran ist nichts Böses.“ Er wies auch auf andere Mängel hin und forderte, die Gesetzesentwürfe zurückzuziehen und zu überarbeiten.

Nach der Billigung der Gesetzesentwürfe wurden diese an den Ausschuss für Sozialpolitik als auch zu den „Expertendienststellen“ übermittelt mit der Anweisung, gegebenenfalls innerhalb von 10 Werktagen schriftliche Stellungnahmen abzugeben bzw. Änderungen vorzuschlagen.

Die Regierung beabsichtigt bereits seit längerer Zeit, die Gesetze über Religions- bzw. Glaubensfreiheit zu verschärfen. Bereits im November 2023 wurden entsprechende Gesetzesentwürfe veröffentlicht, aber später zurückgezogen. Neue Fassungen, die im August 2024 zur öffentlichen Diskussion gestellt wurden, enthielten zahlreiche Bestimmungen, die der Fassung von 2023 ähnlich waren und die internationalen Menschenrechtsverpflichtungen Kirgistans verletzen.

Am 5. September 2024 hielt Präsident Sadyr Japarov eine Sitzung mit leitenden Beamten und Mitgliedern einiger weniger religiöser Organisationen – offensichtlich ausschließlich vom Muftiat – ab, um den Entwurf zum neuen Religionsgesetz zu besprechen. Der Präsident rief „gut bekannte islamische Gelehrte“ dazu auf, ihre Vorschläge zum Gesetzesentwurf im Rahmen der öffentlichen Diskussion gemäß der Website des Präsidenten einzubringen und dabei „die Ansichten aller Parteien zu berücksichtigen“.

„Ich fürchte, dass, wenn diese Änderungen angenommen werden und die Behörden ihre bisherige Strategie weiterverfolgen, viele Kirchen geschlossen werden“, erklärte ein Protestant, der nicht namentlich genannt werden will, gegenüber Forum 18. Vertreter anderer Religionsgemeinschaften berichteten gegenüber Forum 18, dass weder die Staatliche Kommission für Religiöse Angelegenheiten noch sonstige Beamte sie über die Gesetzesentwürfe informiert oder in diesem Zusammenhang konsultiert hätte.

Die Staatliche Kommission für Religiöse Angelegenheiten begründete die von ihr erstellten Gesetzesentwürfe unter anderem mit der Behauptung, dass es das Ziel des neuen Religionsgesetzes sei, die internationalen Verpflichtungen der Kirgisischen Republik zu erfüllen.

In Wirklichkeit enthält der Entwurf zum Religionsgesetz zahlreiche Bestimmungen, durch die im Falle des Inkrafttretens rechtlich bindende internationale Menschenrechtsverpflichtungen verletzt werden, wie etwa folgende:

- alle Religionsgemeinschaften müssten wie schon bisher die staatliche Registrierung erwirken, um existieren oder Religions- bzw. Glaubensfreiheit ausüben zu dürfen;
- jede Ausübung der Religions- bzw. Glaubensfreiheit ohne staatliche Registrierung wäre weiterhin illegal und strafbar;
- zusätzlich müssten sich alle Religionsgemeinschaften alle 10 Jahre neu registrieren lassen;

- es würden mehrere belastende Registrierungserfordernisse eingeführt, so etwa eine weitere Erhöhung der erforderlichen Zahl von Gründungsmitgliedern, wobei das Votum zur Gründung einer Religionsgemeinschaft bei einer Gründungsversammlung einstimmig erfolgen müsste;
- der Staatlichen Kommission für Religiöse Angelegenheiten würden umfangreiche Befugnisse zur willkürlichen Ablehnung von Registrierungsanträgen eingeräumt;
- nicht näher genannte staatliche Stellen würde ein Vetorecht gegen die Gründung einer Religionsgemeinschaft eingeräumt;
- Muslimen wäre die Gründung von nicht der staatlich kontrollierten Zentralorganisation der Muslime unterstehenden Gemeinschaften untersagt;
- der Staatlichen Kommission für Religiöse Angelegenheiten würden umfangreiche Kompetenzen zur „Kontrolle“ von registrierten religiösen Organisationen und Bildungseinrichtungen und registrierten Gottesdienststätten eingeräumt, sowie umfangreiche Befugnisse zum Verbot von Religionsgemeinschaften;
- die registrierten Religionsgemeinschaften und Bildungseinrichtungen müssten Jahresberichte über ihre Organisationen und Aktivitäten an die Staatliche Kommission für Religiöse Angelegenheiten übermitteln, wobei auch Einblicke in interne Angelegenheiten gewährt werden müsste;
- alle Gottesdienststätten würden einer Registrierungspflicht durch die Staatliche Kommission für Religiöse Angelegenheiten unterliegen; alle Aktivitäten außerhalb der registrierten Gottesdienststätten müssten von der Kommission genehmigt werden;
- bevor eine Person eine nur vage definierte „Predigtstätigkeit“ ausüben kann, wäre eine gesonderte Genehmigung erforderlich;
- die verpflichtende Zensur religiöser Literatur bliebe aufrecht;
- die Verteilung von religiösen Schriften an öffentlichen Orten, in Bildungsstätten und die Verteilung von Haus zu Haus wäre weiterhin verboten;
- das Teilen von Glaubensinhalten an öffentlichen Orten und von Tür zu Tür wäre verboten;
- die religiöse Unterweisung von Kindern und Erwachsenen bedürfte der Genehmigung durch die Staatliche Kommission für Religiöse Angelegenheiten, die auch befugt wäre, die Lehrpläne zu überprüfen;
- Parlamentariern und gewählten Funktionsträgern auf lokaler Ebene wäre die Ausübung religiöser Aktivitäten verboten.

Diese und weitere in dieser Zusammenfassung nicht erwähnten Bestimmungen stehen im eklatanten Widerspruch zu internationalen Menschenrechtsverpflichtungen Kirgistans bzw. zu den Richtlinien der OSZE und der Venedig Kommission des Europarats über die Rechtspersönlichkeit von Religions- oder Glaubensgemeinschaften.

Quelle: Forum 18, Oslo (Bericht vom 13. Dezember 2024)

Deutsche Fassung: Arbeitskreis Religionsfreiheit der ÖEA

# Kongo: Friedensgipfel in Luanda abgesagt

## Kämpfe im Osten des Landes wieder aufgeflammt

Kinshasa (Fides) - Der von Angola vermittelte Friedensgipfel zwischen Ruanda und der Demokratischen Republik Kongo, der am gestrigen Sonntag, den 15. Dezember, in der angolanischen Hauptstadt Luanda stattfinden sollte, wurde abgesagt. Die Absage des Gipfeltreffens zwischen den Staatshäuptern von Angola, der Demokratischen Republik Kongo und Ruanda hat umgehend zu Reaktionen in Nord-Kivu im Osten der Demokratischen Republik geführt, wo die M23-Rebellen die Stadt Matembe eingenommen haben.

Ziel des Gipfeltreffens, das gestern stattfinden sollte, war eine Einigung zwischen der Demokratischen Republik Kongo und Ruanda, die sich seit langem wegen der Anschuldigungen des kongolesischen Präsidenten Félix Tshisekedi gegen seinen ruandischen Amtskollegen Paul Kagame, die M23 zu unterstützen, zerstritten haben. Der angolanische Präsident João Lourenço wurde von der Afrikanischen Union als Vermittler in der Krise zwischen den beiden Ländern eingesetzt. Doch gerade an der von Ruanda in letzter Minute gestellten Bedingung, einen direkten Dialog zwischen Kinshasa und der M23 zu führen, scheiterte der Gipfel. Die kongolesische Führung beabsichtigt nicht, die M23 als Gesprächspartner anzuerkennen, da sie sie für eine von Kigali unterstützte „terroristische Bewegung“ einstuft.

Im Rahmen des abgesagten Gipfels sollte ein Abkommen unterzeichnet werden, das den Rückzug der ruandischen Truppen aus dem kongolesischen Hoheitsgebiet und die Verpflichtung der Armee von Kinshasa vorsieht, die FDLR (Demokratische Kräfte zur Befreiung Ruandas), eine bewaffnete Gruppe, die ursprünglich aus den Hutu-Milizen des Völkermords von 1994 hervorgegangen war und seit Jahrzehnten im Osten der DRK operiert, innerhalb von 90 Tagen zu „neutralisieren“. Die Präsenz der FDLR wird von Ruanda als Vorwand benutzt, um seine militärische Intervention im Osten der Demokratischen Republik Kongo und seine Unterstützung für die M23 zu rechtfertigen.

Lokalen Quellen zufolge haben die schwer bewaffneten und sogar mit gepanzerten Fahrzeugen ausgerüsteten M23-Truppen unterdessen am gestrigen 15. Dezember die von der kongolesischen Armee errichteten Verteidigungsanlagen überwältigt. Der Vormarsch der M23 veranlasste die örtliche Bevölkerung zur Flucht und verschlechterte die humanitären Bedingungen in der Region, die bereits durch die große Zahl von Vertriebenen aufgrund der Gewalt, die nicht nur von der M23, sondern auch von anderen bewaffneten Gruppen ausgeübt wird, gefährdet war.

(L.M.) (Fides 16/12/2024)

# Mosambik: Opposition setzt Protestkundgebungen aus

Nach Zyklon „Chido“

Maputo (Fides) - „Wenn wir die Wahrheit über die Wahl erfahren, werden wir uns in Richtung Frieden bewegen. Wenn es eine Wahllüge ist, werden wir das Land in den Abgrund, ins Chaos und in die Unordnung stürzen“, warnte Venancio Mondlane, Kandidat der Oppositionspartei PODEMOS, der bei den Präsidentschaftswahlen am 9. Oktober den zweiten Platz belegte. Mondlane focht das Ergebnis der Wahl an, aus der der Kandidat Daniel Chapo von der Regierungspartei FRELIMO (Mosambikanische Befreiungsfront, die das Land seit 1975 ununterbrochen regiert) als Sieger hervorging. Am 21. Oktober begannen im Land Protestdemonstrationen. Die Wahlkommission gab unterdessen bekannt, dass der Kandidat der Regierungspartei Daniel Chapo mit fast 71 % der Stimmen gewonnen hat. Mondlane behauptet, er habe 53 % der Stimmen erhalten, und beschuldigt die Behörden, die Ergebnisse gefälscht zu haben. Bei Zusammenstößen mit der Polizei sind bisher etwa 100 Menschen ums Leben gekommen.

Mondlane, der sich im Ausland aufhält und behauptet, zwei Anschlägen entkommen zu sein, von denen einer in Südafrika stattgefunden haben soll, appellierte in einem Video, das live über sozialen Medien übertragen wurde, das Land „lahmzulegen“, bot aber an, die Demonstrationen eine Woche lang auszusetzen, um der Opfer des Zyklons „Chido“ zu gedenken, der am vergangenen Wochenende die nördlichen Provinzen Cabo Delgado und Nampula schwer getroffen hat. Nach Angaben der örtlichen Behörden belaufen sich die durch den Zyklon verursachten Schäden derzeit auf mindestens 15 Tote, mehr als 5.000 zerstörte oder schwer beschädigte Häuser und mehr als 100.000 betroffene Menschen.

Die Proteste werden bis Sonntag, den 22. Dezember, unterbrochen, aber am nächsten Tag wieder aufgenommen, wenn der Verfassungsrat voraussichtlich die endgültigen Ergebnisse der Parlamentswahlen verkündet. Laut Mondlane wird die von der Präsidentin des Verfassungsrates, Lúcia Ribeiro, zu verkündende Entscheidung über die Zukunft der Proteste entscheiden. Die politische Krise in Mosambik wirkt sich auch auf die Wirtschaft der Nachbarstaaten aus, die mosambikanische Häfen für ihren Außenhandel nutzen. Vor allem Südafrika exportiert einen großen Teil seiner Mineralienproduktion über Mosambik. Ein für die Weltindustrie strategisches Mineral wie südafrikanisches Chrom wird zu 50 Prozent über den Hafen von Maputo exportiert. Die vollständige Unterbrechung der Exporte über Mosambik birgt die Gefahr eines Preisanstiegs für dieses Mineral, bei dem Südafrika mit 70 % der weltweiten Reserven der führende Produzent ist.

(L.M.) (Fides 17/12/2024)

# Schweiz: Kerzen und Gebete für Glaubensverfolgte

Am 11. Dezember 2024 demonstrierten in 66 Orten in der ganzen Schweiz rund 2000 Menschen, dass ihnen das Schicksal von Glaubensverfolgten nicht gleichgültig ist. Mit Kerzen in der Hand und umgehängten Protestplakaten beteten sie still für bedrängte Christen und andere religiös Verfolgte. Passanten blieben stehen und suchten das Gespräch. Dass die von Christian Solidarity International (CSI) initiierte Mahnwache in der Adventszeit stattfand, war kein Zufall: In manchen Ländern steigt gerade um die Weihnachtszeit die Gefahr für Christen.

## Passanten machen spontan mit

„Glaube überwindet Gewalt!“, „Glaubenswechsel ist kein Verbrechen!“, „Religionsfreiheit ist ein Menschenrecht!“ – viele Autofahrer verlangsamten ihre Fahrt, um die Plakate lesen zu können. In Bern beteten zwei Christen aus China mit, in Buchs SG zwei Ukrainer, in Schaffhausen gesellte sich eine junge Iranerin spontan zu den Betenden. In Bischofszell TG stellte der Messmer der nahegelegenen Johanniskirche das Abendgeläut für die Dauer der Mahnwache ein, während in Wil SG ein syrisch-orthodoxer Priester die Veranstaltung mit einem auf Aramäisch gesungenen „Unser Vater“ abschloss. Eine besondere Geste gab es in Romanshorn TG: Der Besitzer einer Pizzeria spendierte den stillen Demonstrierenden Flammkuchen.

## Mehr Standorte, mehr Teilnehmer

Die Mahnwache für Glaubensverfolgte, die 2024 zum 13. Mal stattfand, verzeichnete mit rund 2000 Teilnehmern einen neuen Rekord. Simon Brechbühl, Geschäftsführer von CSI, zeigte sich begeistert: „Diese Mahnwache war überwältigend. Menschen aus verschiedenen konfessionellen Hintergründen trafen sich in Einheit zum Gebet. Sie sind der verlängerte Arm von CSI bei der Verteidigung der Religionsfreiheit und der Hilfe für die in Not Geratenen.“ (rh)

Quelle: Idea Schweiz (16.12.2024)

Weitere Informationen: [mahnwache.ch](https://mahnwache.ch) und [csi-schweiz.ch](https://csi-schweiz.ch)

# Südkorea: Menschen feiern Votum des Parlaments

## zur Absetzung von Präsident Yoon

Seoul (Fides) - Hunderttausende Menschen versammelten sich in der Nähe des Parlamentsgebäudes in Seoul und jubelten, schwenkten Transparente und schwenkten bunte Lichtstäbe, nachdem die Nationalversammlung mit 204 von 300 Abgeordneten für die Amtsenthebung von Präsident Yoon Suk Yeol gestimmt hatte, nachdem dieser am 3. Dezember das Kriegsrecht verhängt hatte. Gruppen der Zivilgesellschaft, Verbände, religiöse Organisationen, christliche Gemeinschaften und katholische Pfarrgemeinden aus verschiedenen Teilen des Landes waren in den frühen Morgenstunden bei eisigen Temperaturen in Seoul eingetroffen.

Die koreanische Bevölkerung von Seoul wollte diese friedliche Kundgebung auch durch eine für die italienische Stadt Neapel typische Praxis konkret unterstützen: Einfache Bürger gingen in Bars, Cafés und Bistros in der Umgebung und bezahlten im Voraus für heiße Getränke, damit die unterkühlten Demonstranten einen kostenlosen Kaffee bekommen konnten.

Der vom Parlament abgesetzte südkoreanische Präsident Yoon Suk Yeol darf Südkorea nicht verlassen, da die Polizeibehörden gegen ihn und andere Minister und Beamte, die an der Verhängung des Kriegsrechts am 3. Dezember beteiligt waren, wegen Rebellion, Machtmissbrauchs und anderer Straftaten ermitteln. Das gesamte Amtsenthebungsverfahren könnte sich jedoch über Monate hinziehen, da es durch ein Urteil des Verfassungsgerichts bestätigt werden muss, das innerhalb von 180 Tagen zu entscheiden hat.

Yoon genießt als Präsident Immunität vor Strafverfolgung, die sich jedoch nicht auf den Vorwurf der Rebellion oder des Hochverrats erstreckt. Nach einer positiven Entscheidung des Gerichts könnte gegen Yoon ermittelt werden, er könnte inhaftiert oder verhaftet werden. Yoons Verteidigungsminister, der Polizeichef und der Kommunalpolizei der Stadt Seoul wurden wegen ihrer Rolle bei der Ausrufung des Kriegsrechts bereits verhaftet. Gegen weitere hochrangige Militär- und Regierungsbeamte wird ebenfalls ermittelt.

(PA) (Fides 14/12/2024)

# Syrien: Influencer warnt vor islamistischer Religionsdiktatur

**Christian Al-Masoud: Christliche Viertel wurden angegriffen und Geschäfte geplündert**

Stuttgart (IDEA) – Den Christen in Syrien droht die Herrschaft einer islamistischen Religionsdiktatur. Davor warnt der syrisch-stämmige christliche Influencer und Prediger Christian Al-Masoud. Die Lage der Christen werde dann aus religiöser und ziviler Sicht katastrophal sein, so Al-Masoud auf Anfrage der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA. Zum Hintergrund: In der Nacht zum [8. Dezember](#) waren in der Hauptstadt Damaskus Mitglieder der islamistischen Gruppe Haiat Tahrir al-Sham einmarschiert und hatten Machthaber Baschar al-Assad gestürzt. Laut Al-Masoud ist das Ziel dieser Gruppe, die Umsetzung der islamischen Gesetzgebung (Scharia). Zunächst versuchten die Islamisten, das Vertrauen des Westens zu gewinnen, um die Herrschaft über das gesamte Land zu erlangen. Danach werde die Gruppe „ihr wahres Gesicht zeigen“. Jedem, der sich weigere, zum Islam zu konvertieren, drohe dann der Tod. Verwandte von Al-Masoud in Syrien berichteten, dass sie bereits jetzt in großer Angst vor der Anwendung des islamischen Rechts lebten. Die Viertel von Christen in Damaskus seien nachts angegriffen und ihre Geschäfte geplündert worden. Kirchen seien gezwungen worden, Weihnachtsfeiern abzusagen, die in Syrien eine lange Tradition haben. Al-Masoud ermutigte Christen in Deutschland dazu, ihren Glaubensgeschwistern beizustehen. Das könnte zum Beispiel ein Besuch im Land sein: „Einerseits, um moralisch für die Christen da zu sein und andererseits, um den extremistischen, islamischen Gruppen zu zeigen, dass die Kirchen des Westens sie sehen“, so Al-Masoud. Wenn es zu Angriffen auf Christen käme, könnten Kirchen im Westen formelle Einwände bei den zuständigen Behörden erheben, wie beispielsweise bei der syrischen Botschaft oder beim Europäischen Parlament.



# Syrien: Zwischen Angst und vorsichtigem Optimismus

## Kirchenleiter und Hilfswerke geben unterschiedliche Einschätzung

Damaskus (IDEA) – Die Lage der christlichen Minderheit in Syrien ist weiterhin unklar. Es gibt sehr widersprüchliche Aussagen. Die Internetplattform „Christian Post“ berichtete, dass die Miliz Hayat Tahrir al-Sham (HTS), die den Diktator Baschar al-Assad gestürzt hat, in der früheren christlichen Hochburg Aleppo Nahrungsmittelhilfen für 20.000 Christen beschlagnahmte. Diese hatte das US-Hilfswerk Global Christian Relief (GCR) geliefert. Es unterstützt nach den Worten seines Präsidenten David Curry (Santa Ana im US-Bundesstaat Kalifornien) Christen in Syrien seit über zwei Jahren. Wie Curry weiter sagte, war Aleppo historisch immer das „Zentrum des christlichen Glaubens in Syrien“. Doch mittlerweile seien viele Christen auf der Flucht. Die Stadt sei „ein sehr gefährliches Gebiet für Christen“ geworden. Die verbliebenen Christen versuchten, ihren Glauben und ihre Traditionen aufrechtzuerhalten. Vor dem 2011 begonnenen Bürgerkrieg seien etwa zehn Prozent der 20,6 Millionen Einwohner Syriens Christen gewesen. Heute seien es weniger als 300.000. Der designierte US-Präsident Donald Trump müsse dafür sorgen, dass im Land humanitäre Korridore geschaffen würden, damit vertriebenen Menschen geholfen werden könne.

## Weihnachtsbäume in Aleppo beseitigt

Der Diakon und Ökumenebeauftragte der Syrisch-Orthodoxen Kirche von Antiochien in Berlin, Amill Gorgis, sagte gegenüber dem Berliner „Tagesspiegel“, die syrischen Christen seien zwiespalten. Sie seien einerseits erleichtert, dass der Diktator Assad gestürzt worden sei. Zwar hätten Christen unter seinem Regime Schutz genossen, doch die wirtschaftliche Lage sei katastrophal gewesen. Viele Menschen hätten gehungert. Andererseits sei ungewiss, was die HTS-Kämpfer vorhätten: „Die befürchteten Morde, Raubüberfälle, Racheakte an Christen sind größtenteils ausgeblieben. Dennoch dürfen wir nicht vergessen, dass die Rebellen immer noch Islamisten sind.“ So hätten die Kämpfer in Aleppo die Weihnachtsbäume aus dem öffentlichen Raum entfernt. Gorgis: „Diese Geste übermittelt eine Botschaft: Das Land soll eine islamische Prägung bekommen.“ Menschen nichtmuslimischen Glaubens dürften mit ihren Symbolen und Traditionen nicht mehr öffentlich sichtbar sein.

## Gut besuchte Gottesdienste

Positiver blickt der Generalsekretär der Europäischen Baptistischen Föderation (EBF), Alan Donaldson (Amsterdam), in die Zukunft. Er berichtete, dass er aus dem Land Informationen erhalten habe, nach denen die Rebellen die religiösen Minderheiten schützen. Er habe Fotos gesehen, die volle Kirchen und Gemeindegäuser zeigten. Das sei ermutigend. Auch er rief auf Facebook dazu auf, weiterhin für die christlichen Minderheiten in Syrien zu beten. In Syrien gibt es 13 Baptistengemeinden mit rund 600 Mitgliedern.

## Assyrer warnen vor tickender Zeitbombe

Der assyrische Christ und Vorsitzende des Assyrischen Kulturvereins Saarlouis, Charli Kanoun, warnte dagegen auf Facebook vor einer tickenden Zeitbombe. Mit der Öffnung der Gefängnisse in Syrien seien auch Tausende von ehemaligen Kämpfern der Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) befreit worden. „Auch wenn im Moment alle zu Ruhe aufrufen, werden wir erleben, dass Menschen Rache nehmen. Viele werden nicht Disziplin einhalten. Wir werden Terroranschläge erleben, politische Morde.“ Syrien kenne bisher nur „Diktatoren und Islamisten“. Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit und Gleichberechtigung gebe es im kulturellen Leben des Landes nicht. „Man sollte schnell handeln und die assyrischen Christen aus Syrien rasch evakuieren“, forderte Kanoun.

## Bischof: Erstes Treffen mit neuen Machthabern

Nach einer Mitteilung des katholischen Hilfswerks „Kirche in Not“ gab es ein erstes Treffen des armenisch-katholischen Bischofs von Damaskus, Georges (Kévork) Assadourian, mit den neuen Machthabern. Bei dem Gespräch im Hauptquartier der islamistischen Rebellengruppen hätten deren Vertreter versichert, „dass alles gut werden würde und wir uns keine Sorgen machen müssten“, berichtete der Bischof. In dem Hauptquartier seien auch ausländische Botschafter anwesend gewesen. Aktuell sei die Lage in Damaskus ruhig.

# Syrien: "Wir sind keine Gäste in diesem Land"

von Patriarch Johannes X.

Damaskus (Fides) - „Wir sind hier in Damaskus, auf der Straße von Al-Marymiya, neben der Umayyaden-Moschee, und wir sagen der Welt, dass wir als Christen aus dem Land der Levante und den Zedern des Libanon kommen... aus den Räumen von Homs und der authentischen Geschichte von Aleppo, aus den Wasserrädern von Hama und dem Rauschen der Quellen von Idlib, aus dem Meer von Latakia und dem Euphrat von Deir ez-Zor. Wir sind keine Gäste in diesem Land, und wir sind keine Kinder von heute oder gestern. Wir kommen aus Antiochien der Apostel, aus diesem Land, das das Universum mit dem Namen Jesus Christus geprägt hat“, so Johannes X. Jasidschi, der griechisch-orthodoxe Patriarch von Antiochien, zu den prägenden Merkmalen der einheimischen christlichen Gemeinschaften Syriens. Seine in diesen Stunden veröffentlichte Botschaft ist eine Art „Manifest“ der Gefühle und Erwartungen vieler syrischer Christen in Bezug auf die Zukunft im Syrien nach Assad.

Den „muslimischen Brüdern“ gegenüber erinnert der orthodoxe Patriarch von Antiochien daran, dass sie „das gleiche Schicksal“ in einer „gemeinsamen Geschichte mit all ihren Höhen und Tiefen“ teilen. Johannes X. hofft, dass Syrien ein geeintes Land bleibt, und beschreibt dann detailliert, was die Erwartungen in Bezug auf die politische und institutionelle Form des „neuen“ Syriens zu sein scheinen.

„Das Syrien, das wir wollen“, so der Patriarch, ist unter anderem „ein ziviler Staat, in dem jeder die gleichen Rechte und Pflichten hat, einschließlich der Beibehaltung der Personenstandsgesetze“. Ein Staat, der auf dem Prinzip der „Staatsbürgerschaft“ beruht, mit einem nationalen Gefüge, das „die Logik von Mehrheit und Minderheit“ ablehnt. „Der erste und letzte Faktor, der das Erreichen all dieser Ziele garantiert“, so Johannes X., „ist die Verfassung, und deshalb muss der Prozess der Ausarbeitung der Verfassung ein umfassender und erschöpfender nationaler Prozess sein.“

Im Hinblick auf das Interesse, das die internationalen Medien in dieser Phase für die Christen in Syrien zeigen, ruft der Patriarch dazu auf, „den vielen Gerüchten, die ohne jegliches Verantwortungsbewusstsein“ in den Medien und in den sozialen Netzwerken verbreitet werden, keinen Glauben zu schenken.

(GV) (Fides 16/12/2024).

# Ukraine: Bericht über IST- Zustand

(Licht im Osten/Sergej G./Kiew) gründet und unterstützt Gemeinden in Kiew und in anderen Orten der Ukraine. Im November hat er mit anderen Mitarbeitern zusammen eine Reise in die Südukraine gemacht. „Wir hatten zwei Kleinbusse mit Lebensmitteln, elektrisch beheizbaren Matratzenauflagen, Kleidung und Schuhen beladen und haben insgesamt viereinhalb Tonnen Hilfsgüter in die Gebiete Odessa und Mykolajiw gebracht.“ Sie trafen sich mit dortigen Pastoren, predigten und verteilten christliche Literatur bei Veranstaltungen z.B. für jüdische Menschen in Odessa, evangelisierten in einem Innenhof, verteilten Lebensmittel und sprachen mit den Menschen. „Die Stadt [Odessa] steht immer noch unter massivem Raketenbeschuss. Immer mehr Gebäude und Kirchen werden durch russische Raketen zerstört. Aber die Menschen bleiben trotz allem in der Stadt und halten am Glauben und an der Hoffnung fest.“ Auch in abgelegene Orte fuhren sie, „durch zerstörte Ortschaften, vorbei an durch Raketenbeschuss halb zerstörten Häusern. Je näher wir zu dem Dorf kamen, desto schlechter wurde die Straße. Am Ende war es nur noch eine staubige, von Explosionen und Panzern zerfurchte Straße. Wir fuhren sehr langsam, um die Räder unseres beladenen Kleinbusses nicht zu verlieren.“ Dort angekommen, hatte sich bereits fast das ganze Dorf versammelt, „um Gottes Wort zu hören und Lebensmittel und Kleidung zu erhalten. Dieses Dorf ist völlig zerstört, dort verlief die Frontlinie und das russische Militär war ganz in der Nähe gewesen, bevor es sich zurückzog. Wir sprachen mit den Menschen, beteten mit ihnen, predigten ihnen Gottes Wort, schenkten heißen Kaffee aus und gaben ihnen natürlich das, was sie so dringend brauchten: Lebensmittel, Wärmeunterbetten, damit sie sich in der kalten Jahreszeit in ihren Häusern ohne Heizung aufwärmen können, außerdem christliche Literatur und Kalender.“ Das Team musste enorm konzentriert fahren, denn trotz der fleißigen Minenräumer sind „noch sehr viele Straße, Wälder, Felder und Höfe vermint. Manche Dörfer sind fast ausgestorben. Eine Nacht verbrachte ein Teil des Teams im Luftschutzbunker wegen des Fliegeralarms. „Gott hat uns alle bewahrt! Alle sind am Leben!“ Bitte beten Sie um

- > Bewahrung für die Menschen in diesen Gebieten.
- > ausreichende Versorgung.
- > physische und psychische Kraft, um die so lange andauernde belastende Kriegssituation aushalten zu können.
- > Vertrauen in unseren liebenden Gott und Vater.
- > ein baldiges Ende des Krieges!

# USA: Schießerei an christlicher Privatschule

**Dabei starben drei Menschen, darunter die 15-jährige Schützin**

Madison (IDEA) – An einer christlichen Privatschule im US-Bundesstaat Wisconsin ist es am 16. Dezember zu einer Schießerei gekommen. Dabei wurden nach Polizeiangaben drei Menschen getötet und sechs verletzt, davon zwei lebensgefährlich. Die Bluttat ereignete sich an der „Abundant Life Christian School“ in der Stadt Madison. Laut Polizei hat 15-jährige Schülerin um sich geschossen. Sie befindet sich unter den Toten. Nach Polizeiangaben gibt es Hinweise darauf, dass sie sich selbst getötet hat. Ein Motiv für die Tat ist bisher noch nicht bekannt. Polizisten haben den Angaben zufolge nicht geschossen. Bei den Toten soll es sich um eine Lehrkraft und einen Schüler oder eine Schülerin handeln. US-Präsident Joe Biden bezeichnete die Tat als schockierend und skrupellos. Die Abundant Life Christian School besteht seit 1978. Sie unterrichtet Schüler vom Kindergarten bis zur zwölften Klasse „in einem auf Christus ausgerichteten Kontext“. Die Schülerzahl beträgt rund 400. Die Schule rief zum Gebet auf.

**Disclaimer:** Die Evangelische Allianz in Deutschland und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von EAD oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF Gebetsanliegen unterstützen möchten, können Sie gern eine Spende richten an:

Evangelische Allianz in Deutschland (EAD)

Spendenkonto:

IBAN: DE87520604100000416800

BIC: GENODEF1EK1

Evangelische Kreditgenossenschaft

Verwendungszweck „AKREF“

Gerne können Sie auch [online spenden](#).

## Links

[www.csi-de.de](http://www.csi-de.de)

<https://islam.ead.de/>

<https://akref.ead.de/>

<https://akref.ead.de/gebet-fuer-verfolgte/>

[www.h-m-k.org](http://www.h-m-k.org)

[www.hilfsbund.de](http://www.hilfsbund.de)

[www.hoffnungszeichen.de](http://www.hoffnungszeichen.de)

[www.idea.de/nachrichten.html](http://www.idea.de/nachrichten.html)

[www.islaminstitut.de](http://www.islaminstitut.de)

[www.kirche-in-not.de](http://www.kirche-in-not.de)

[www.opendoors.de](http://www.opendoors.de)

[www.pro-medienmagazin.de](http://www.pro-medienmagazin.de)

[www.stanet.ch/APD](http://www.stanet.ch/APD)

[www.zenit.org](http://www.zenit.org)

### Menschenrechtsorganisationen:

[www.amnesty.de](http://www.amnesty.de)

[www.igfm.de](http://www.igfm.de)

[www.gfbv.de](http://www.gfbv.de)

### Wichtige englischsprachige Internetseiten:

[www.advocatesinternational.org](http://www.advocatesinternational.org) [Anwälte im Auftrag der Allianz]

[www.barnabasfund.org](http://www.barnabasfund.org)

[www.csi-int.ch](http://www.csi-int.ch)

[www.forum18.org](http://www.forum18.org) [Forum 18 News Service]

[www.idop.org](http://www.idop.org) [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]

[www.iirf.eu](http://www.iirf.eu) [Internationales Institut für Religionsfreiheit]

[www.meconcern.org](http://www.meconcern.org) [Middle East Concern]

[www.persecutedchurch.org](http://www.persecutedchurch.org)

[www.persecution.net](http://www.persecution.net) [Voice of the Martyrs/HMK]